

Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politischen Projekts*

Fabian Georgi

Zusammenfassung

In den vergangenen zehn Jahren hat sich in der internationalen Migrationspolitik ein neues Konzept etabliert: ‚Migrationsmanagement‘. ‚Migration muss gemanagt werden, um die Vorteile der Migration maximieren und ihre negativen Folgen minimieren‘ zu können, so lautet die utilitaristische Kernbotschaft. Ausgangspunkt dieses politischen Projekts war der ökonomische Globalisierungsschub nach der Weltwirtschaftskrise 1973. In seiner Folge verstärkte sich die internationale Mobilität von Menschen: Migration wurde zu einer offensiven und aus staatlicher Sicht potenziell unkontrollierbaren Strategie vieler Menschen, mit der sie auf die Folgen neoliberaler Reformen reagierten. Unter dem Etikett Migrationsmanagement propagierten Expert_innen aus dem Umfeld u. a. der International Organization for Migration (IOM) und des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) eine Gegenstrategie: Die staatlichen Fähigkeiten zur Begrenzung unerwünschter Migration sollen gesteigert werden, um eine ‚regulierte Offenheit‘ gegenüber ‚nützlicher‘ Zuwanderung beherrschbar zu machen. Politisch lässt sich das Projekt der liberalen Strömung in den internationalen Beziehungen zuordnen. Migration wird als positiv betrachtet, weil und insofern sie ökonomisch nützlich ist. So wird deutlich, dass das Projekt den Interessen wirtschaftlich und politischer dominierender Kräfte im Weltsystem eher nutzt, als der großen Mehrheit der Weltbevölkerung.

So right now [migration] is a very, very important factor in the entire world economy. And the best way to cope with this is to manage it properly, so that you maximise the benefits and you get rid of some of the disadvantages.

* Erstveröffentlichung als: Georgi, Fabian. 2009. "Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politischen Projekts", *juridikum. Zeitschrift für Politik | Recht | Gesellschaft*, 02, S. 81–84.

Brunson Mckinley, Direktor der Internationalen Organisation für Migration (IOM) (BBC News 2004)

1. Einleitung

In den vergangenen zehn Jahren hat sich in der europäischen und internationalen Migrationspolitik ein neues Konzept etabliert: ‚Migrationsmanagement‘. Oft ist der Begriff ein bloßes Schlagwort, inflationär verwendet, ohne spezifischen Inhalt. Doch zwischenstaatliche Organisationen wie die *International Organization for Migration (IOM)* oder das *International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)* verbinden mit ihm eine bestimmte Strategie. ‚Die Vorteile der Migration maximieren, ihre negativen Folgen minimieren‘ (IOM 2007: 4), so lautet die utilitaristische Kernbotschaft. Vorangetrieben durch eine lose und auch in sich widersprüchliche Koalition von zwischenstaatlichen Organisationen, Think Tanks und Behörden und begleitet von Experten wie *Bimal Ghosh*, *Jonas Widgren* und *Demetrios G. Papademetriou* ist ‚Migrationsmanagement‘ zum Etikett eines globalen politischen Projekts mit dem Ziel einer radikalen Modernisierung staatlicher Migrationskontrollen geworden. Zumindest auf diskursiver Ebene hat dieses Projekt eine herausragende Stellung erlangt.

‚Migration muss gemanagt werden, um Wachstum und Stabilität in der globalisierten Welt zu sichern‘ (vgl. u. a. Ghosh 2000b: 20 ff.). Diese Annahme ist heute Teil eines internationalen Elitenkonsenses, wie zahllose Publikationen, Konferenzen, Projekte und Aktionspläne zum *migration management* belegen. Das Konzept ist eng mit der migrationspolitischen Realität von Grenztoten, Illegalisierung und Massenabschiebungen verbunden. Gleichzeitig wird es als eine Art apolitische Politik präsentiert, als rationales Management technischer Probleme. Bis jetzt ist *migration management* nur selten kritisch untersucht worden. Seine Diskursgeschichte ist nicht aufgearbeitet und die Forschung zu seinen Protagonist_innen steht erst am Anfang (siehe u. a. Geiger 2007; Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Georgi 2007, 2009). Es ist notwendig, ‚Migrationsmanagement‘ historisch und politisch zu verorten. Die im Titel genannte ‚Kritik‘ ist mithin nicht als moralische Anklage gegen einzelne Aspekte zu verstehen. Gemeint ist ein historisch-materialistisches Kontextualisieren des Begriffs und der mit ihm verbundenen Politik. Ziel dabei ist es,

‚Migrationsmanagement‘ als veränderbares und kritisierbares gesellschaftliches Phänomen erkennbar zu machen (vgl. Heinrich 2008: 68 ff.).

2. Historisierung: ‚Migrationsmanagement‘ als strategisches Projekt

Von staatlicher Migrationspolitik lässt sich sinnvoll erst mit der Entstehung absolutistischer Territorialstaaten im 18. Jahrhunderts und der immer differenzierteren Unterscheidung von Bürgern und Nicht-Bürgern in den modernen kapitalistischen Nationalstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts sprechen (vgl. Fahrmeier et al. 2003). ‚Migrationsmanagement‘ gehört zur neuesten Phase dieser gut 250-jährigen Geschichte. Es kann als jüngster Versuch begriffen werden, diese ‚Regierung‘ der Mobilität von Bevölkerungen zu modernisieren. Diese Aktualisierung als ‚Management‘ von Migration verläuft analog zu anderen Bereichen. Seit den 1990er Jahren sind im Rahmen von ‚Politikmanagement‘ Begriffe wie ‚Gesundheitsmanagement‘, ‚Bildungsmanagement‘, ‚Wassermanagement‘, ‚Sozialmanagement‘ oder ‚Public Management‘ zu wirkmächtigen Konzepten in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geworden – auf internationaler Ebene und im englischsprachigen Raum noch weitaus stärker als im deutschsprachigen. Als ‚Zeit- und Selbstmanagement‘ dehnen sich solche effizienz- und nutzenorientierten Denkformen auch auf das Alltagsleben und individuelle Subjektivierungsprozesse aus. Wenig verwunderlich ist, dass auch Migration heute als etwas *zu Managendes* beschrieben wird.

Der historische Ausgangspunkt dieser Entwicklung liegt in der 1973 einsetzenden Weltwirtschaftskrise. Westeuropäische Staaten beendeten die aktive Anwerbung migrantischer Arbeitskräfte und die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien erschwerten zunehmend die Einreise von Flüchtlingen und Migrant_innen. Es war die finale Krise der ‚fordistischen Regulationsweise‘ des westlichen Nachkriegskapitalismus, gekennzeichnet durch Klassenkompromisse und die Form des Vollzeit arbeitenden männlichen Familienernährers. Die Restrukturierung dieses Typs ging in den folgenden zwei Jahrzehnten vor allem in Westeuropa mit dem Versuch einher, sich gegenüber Einwanderung abzuschotten. Diese Abschottungspolitik war nur mäßig erfolgreich. Sie fiel mit verstärkten Migrationsprozessen zusammen, die größtenteils Ergebnis der nun einsetzenden ‚neoliberalen‘ Reformen selbst waren: Westeuro-

päische Staaten schufen einen Binnenmarkt, die G7-Staaten und transnationale Konzerne förderten die Internationalisierung von Produktion und Handel und Kapitalmärkte wurden weitgehend dereguliert (Hirsch 2005: 124 ff.; Harvey 2007: 52 ff.).

Dieser ökonomische Globalisierungsschub erhöhte die internationale Mobilität von Arbeitskräften. Anfang der 1980er Jahre lösten Bürgerkriege in Afghanistan, Libanon, Angola und anderen Ländern sowie die sozialen und politischen Krisen in weiten Teilen der sogenannten Dritten Welt infolge der Schuldenkrise und der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds komplexe Flucht- und Migrationsbewegungen aus. Die Kontrollapparate der westlichen Industriestaaten waren diesen Migrationsbewegungen nicht gewachsen. Die Migrationsbewegungen verstärkten sich noch nach dem Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks und der Sowjetunion und durch die Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien. In der Folge kam es zu intensiven zwischenstaatlichen Verhandlungsprozessen, die zur Gründung einer ganzen Reihe von neuen migrationspolitischen Institutionen führten.

Bereits 1985 entstanden die *Intergovernmental Consultations on Asylum, Refugee and Migration Policies* (IGC) als informelles Netzwerk westlicher Industriestaaten. Die EG etablierte mehrere migrationspolitische Gremien und zahlreiche Staaten traten der IOM bei. 1991 begannen in Europa zwischenstaatliche Konsultationsprozesse im Rahmen des Europarates und 1993 im sogenannten Budapester Prozess, die das EU-Grenzregime nach Osteuropa ausdehnten (Georgi 2007: 29 ff.). 1993 wurde in Wien das ICMPD zur Unterstützung dieser Prozesse etabliert. Die *Commission on Global Governance* beschäftigte sich mit Migration (Ghosh 1995) und ab 1996 fanden jährlich Konferenzen des internationalen Metropolis-Netzwerks statt (Metropolis 2009). Aus diesen und weiteren, oft neu gegründeten Forschungsinstituten, NGOs und Behörden entstand eine bis dahin so nicht existierende internationale migrationspolitische *Policy Community*. Sie bildete das soziale und institutionelle Umfeld für eine lose Akteurskoalition, die unter dem Etikett ‚Migrationsmanagement‘ staatliche Migrationskontrollen radikal modernisieren wollte.

Neben IOM und ICMPD können das Metropolis-Netzwerk, das 2001 von der Carnegie-Stiftung in Washington etablierte *Migration Policy Institute* und die EU-Kommission zu diesen auch untereinander rivalisierenden Akteuren gezählt werden. Die Publikation von „Managing Migration. Time for A New

International Regime“, herausgegeben vom IOM-Berater *Bimal Ghosh*, kann als diskursverstärkendes Schlüsselereignis gelten (Ghosh 2000a). Beschleunigt durch den Kosovo-Krieg und den EU-Gipfel in Tampere 1999 gewann das Projekt an Fahrt. Seit 2001 fand eine kontinuierliche Serie globaler Konsultationen, Workshops und Kongresse statt, in denen das Konzept eines Migrationsmanagements eine wichtige Rolle spielte. Dazu gehören die Konferenzen der *Berner Initiative* 2001–2004, zahlreiche Ausbildungsgänge und Trainings der IOM, die Konsultationen der vom früheren UN-Generalsekretär *Kofi Annan* etablierten *Global Commission on International Migration*, der ‚Hochrangige Dialog‘ in der UN-Generalversammlung im September 2006 und die *Globalen Foren zu Migration und Entwicklung* 2007 in Brüssel und 2008 in Manila (vgl. IOM 2004; The Berne Initiative 2005; GCIM 2005; United Nations 2006). Auch die Europäische Union, insbesondere die EU-Kommission, trieb trotz aller Verzögerungen die Etablierung eines europäischen Migrations- und Grenzmanagements mit neuen Institutionen und technologischen Großprojekten voran (vgl. Georgi 2008a, 2008b).

Die genannten Akteure hielten die in den 1980ern und zu Beginn der 1990er verschärften Asylgesetze, Visaregeln und Grenzkontrollen für nicht weitgehend genug, partiell ineffektiv und schlecht koordiniert (vgl. Georgi 2007: 33 ff.). Die Fähigkeit der westlichen Industriestaaten Migration unter ihre Kontrolle zu bringen und ökonomischen Nutzen aus ihr zu ziehen, schien grundlegend in Frage gestellt. Die relative „Autonomie der Migration“ (Bojadžijev/Karakayali 2007) gegenüber staatlichen Kontrollversuchen, ihre Kämpfe und ihre Alltagspraktiken führten ‚Expert_innen‘ aus Politik und Wissenschaft zur Wahrnehmung einer ‚globalen Krise der Migrationspolitik‘ (Weiner 1995). Als strategische Reaktion auf dieses als ungünstig angesehene Kräfteverhältnis zwischen staatlichen Kontrollapparaten und den Bewegungen der Migration entwickelten Experten aus dem Umfeld von IOM, ICMPD und anderen das politische Projekt eines internationalen ‚Migrationsmanagements‘. Es zielte auf einen modernisierenden Umbau und Ausbau von nationalen und internationalen Staatsapparaten: Alle Formen der Migration sollten in kohärenter Weise auf verschiedenen Ebenen und mit vielfältigen Instrumenten in Herkunfts-, Transit- und Zielländern im Rahmen eines verbindlichen globalen Regimes ‚gemanagt‘ werden (vgl. IOM 2007, 2009a, 2009b).

Die Protagonist_innen des Projekts verwiesen auf die Notwendigkeit, die

internationale Mobilität von gefragten Arbeitskräften aus ökonomischen und demographischen Gründen zu steuern. Gleichzeitig, so ihr meist implizites Argument, gelte es die relativ autonomen Prozesse der ‚Krisenmigration‘ unter Kontrolle zu bringen, um eine systemrelevante soziale, politische oder ökonomische Destabilisierung von Produktions- und Kapitalverwertungsprozessen zu verhindern (vgl. Georgi 2007: 76 ff.). Das mit ‚Migrationsmanagements‘ bezeichnete Projekt war mithin keine isolierte Reaktion auf veränderte Migrationsprozesse. In den Begriffen der Regulationstheorie kann es als Versuch der dominierenden Industriestaaten beschrieben werden, die migrationspolitischen Aspekte der neoliberalen politisch-sozialen Regulationsweise auf für sie vorteilhaftere Weise an den Bedingungen der derzeitigen kapitalistischen Akkumulationsregime auszurichten (vgl. u. a. Hirsch 2005: 83 ff.).

3. Re-Politisierung: ‚Migrationsmanagement‘ als neoliberaler Internationalismus

Die historische Kontextualisierung des Begriffs ‚Migrationsmanagement‘ und seine Interpretation als Etikett eines strategischen Projekts verdeutlicht, dass die mit ihm verbundenen Praktiken alles anderes als apolitisch sind. Laut IOM können mit ‚Migrationsmanagement‘ vier wichtige Ziele erreicht werden: (1) Wachstumspotenziale von Migration maximieren (*Migration and Development*); (2) legale Migration etwa von Touristen, Studierenden und Hochqualifizierten praktisch unterstützen (*Facilitating Migration*); (3) unerwünschte bzw. illegale Migration bekämpfen (*Regulating Migration*); (4) Bewegungen erzwungener Migration unter Kontrolle behalten und Flüchtlingen und Vertriebenen helfen (*Forced Migration*) (vgl. IOM 2009a).

Dieses IOM-Modell verbindet eine restriktive und aufwendige Bekämpfung ‚illegaler Migration‘ mit temporärer und permanenter ökonomisch erwünschter Zuwanderung, einer ‚fairen Integrationspolitik‘ und dem Schutz ‚genuiner Flüchtlinge‘ durch Asyl und ‚regionale Schutzsysteme‘. Zentrales Motiv ist es, die staatlichen *Fähigkeiten* zur Begrenzung unerwünschter Migration in einem Maße zu steigern, die eine „regulierte Offenheit“ (Ghosh 2000b: 25) gegenüber ‚nützlicher‘ Zuwanderung und der Aufnahme von Flüchtlingen erst politisch durchsetzbar und beherrschbar machen soll (vgl. IOM 2007, 2008, 2009a). Neben dieser politischen Begründung darf das unmittelbare Eigeninter-

esse vieler Akteure am Ausbau eines solchen ‚Migrationsmanagements‘ nicht übersehen werden. Viele internationale Organisationen, Forschungsinstitute und NGOs sichern das eigene finanzielle Überleben, indem sie den Staaten „Migration Management Services“ (IOM 2009b) verkaufen – von Forschung und Beratung über den Betrieb von Lagern bis zur Abwicklung von ‚freiwilligen Abschiebungen‘. Sie konkurrieren auf einem milliardenschweren Markt der durch die partielle Privatisierung staatlicher Migrationkontrollen geschaffen wurde. Dieses Outsourcing ‚zwingt‘ Akteure wie IOM und ICMPD zu einem gewissen Grad wie kommerzielle Unternehmen zu handeln. Sie propagieren ihre immer neuen Projekte zum ‚Migrationsmanagement‘ partiell aus wirtschaftlichem Eigeninteresse und nicht allein aus politischen oder sachlichen Motiven (vgl. Georgi 2009).

Ideengeschichtlich und politisch lässt sich das Projekt des ‚Migrationsmanagements‘ der liberalen Strömung in den internationalen Beziehungen zuordnen (vgl. Burchill 2001). Seine Akteure unterstreichen die Notwendigkeit und die Vorteile von regionaler und internationaler Kooperation und viele engagieren sich mit großem finanziellen und politischen Aufwand für den Schutz von Flüchtlingen. Sie setzen sich für die UN-Wanderarbeiterkonvention ein und erreichen durch viele lokale Projekte unmittelbare Verbesserungen für die Situation von Flüchtlingen und Migrant_innen. Im Vergleich zu konservativen Positionen wird Migration nicht primär als Bedrohung für Sicherheit, nationale Identität und Wohlstand verstanden. Insgesamt zeigt sich ein positives Bild, in dem Migration als natürlicher Prozess und eine potentielle Bereicherung erscheint, die ‚zum Wohle aller‘ (IOM 2008) gesteuert werden könne. Ohne Zweifel entspringt diese humanitäre Rhetorik auch taktischen Erwägungen (vgl. Human Rights Watch 2003: 2). Gleichwohl ist sie als Ausdruck des individuellen Bewusstseins und liberaler Grundüberzeugungen ihrer Akteure ernst zu nehmen.

Im ‚Migrationsmanagement‘ zeigen sich jedoch auch die Schattenseiten des Liberalismus. Ein zentrales Motiv zur Umgestaltung staatlicher Migrationspolitiken bestand in den 1990ern darin, die ‚ineffiziente‘ Abschottung der westlichen Industriestaaten gegenüber Einwanderung zu überwinden und die Wachstumspotenziale gesteuerter Migration zu realisieren. Migration wird als positiv betrachtet, weil und insofern sie ökonomisch *nützlich* ist. Die Mobilität von Menschen, die nicht ohne Weiteres ‚verwertbar‘ sind, soll aus denselben

Gründen bekämpft werden, aus denen um die Einwanderung ‚Hochqualifizierter‘ ein globaler Wettbewerb organisiert wird. Diese Logik reduziert in ihrer Konsequenz Menschen zu bloßen Mitteln, indem sie ihren ökonomisch definierten Nutzen über ihre Rechte, Hoffnungen und Pläne privilegiert. Diese utilitaristische Zweckrationalität rechtfertigt es, ‚Migrationsmanagement‘ als Element neoliberaler Hegemoniebestrebungen zu konzeptionalisieren.

Ein zweites Motiv des ‚Migrationsmanagements‘ ist seine rechtspositivistische Legitimation durch die Prinzipien des internationalen Staatensystems. Aus liberaler Perspektive beruht das Recht der Nationalstaaten, über den Zugang zu und den Aufenthalt in ihrem Territorium souverän zu entscheiden, auf der Annahme, jeder Mensch gehöre jeweils einer Nation an, die mittels ‚ihres‘ Staates und auf ‚ihrem‘ nationalen Territorium seine universellen Menschenrechte schütze. Da jedem Menschen seine unveräußerlichen Rechte durch den Staat der eigenen Nation garantiert werden, sind die Staaten anderer Nationen trotz der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen berechtigt und – aus Verantwortung vor ihren eigenen Bürgern – auch verpflichtet, unerwünschte *non-nationals* an ihren Grenzen abzuweisen, ihre Rechte einzuschränken oder sie gewaltsam abzuschieben (vgl. Kostakopoulou 2008: 26 f.; Georgi 2007: 77 ff.). Angesichts der massiven globalen Ungleichheiten in Macht, Wohlstand und individuellen Rechten, die aus realen Widersprüchen und Herrschaftsverhältnissen im wie nie zuvor globalisierten Weltsystem entstehen, erscheint die ethische Legitimation des ‚Migrationsmanagements‘ über liberal-nationalistische Mythen des 18. und 19. Jahrhunderts mehr als fragwürdig. Die ökonomistische Logik des ‚Migrationsmanagements‘ und seine abstrakte Rechtfertigung verdeutlichen, dass es den Interessen wirtschaftlich und politischer dominierender Kräfte im Weltsystem eher nutzt, als der großen Mehrheit der Weltbevölkerung.

4. Schlussbemerkungen

Dieser Artikel hat ‚Migrationsmanagement‘ historisch und politisch kontextualisiert und damit versucht, eine vorläufige ‚Kritik des Migrationsmanagements‘ zu entwickeln, die sich als Beitrag zu einer interdisziplinären kritischen

Migrations- und Grenzregimeforschung versteht.¹ ‚Migrationsmanagement‘ wurde interpretiert als strategisches Projekt in Reaktion auf die ‚Krise der Migrationspolitik‘ und als Versuch der migrationspolitischen Absicherung des globalen neoliberalen Akkumulationsregimes. Als liberales Projekt hat es eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber Migration. Tendenziell privilegiert es jedoch deren ökonomisch verstandene Nützlichkeit und die abstrakte Staatsräson liberaler Nationalismuskonzeptionen über die individuellen Rechte, die Interessen und Wünsche von Flüchtlingen und Migrant_innen.

Die technokratische Vision eines umfassenden Managements menschlicher Mobilität ‚zum Wohle aller‘ blendet die fundamentalen Widersprüche und ungleichen Machtverhältnisse aus, die erst zu den massiven Unterschieden in Lebensbedingungen und individuellen Rechten führen. Auf einer grundsätzlicheren Ebene führen diese Motive letztlich zur Bereitschaft, auch Gewalt bei der Durchsetzung eines globalen Migrationsmanagements einzusetzen. Zugespitzt formuliert zeigt sich hier was *Max Horkheimer* und *Theodor W. Adorno* als die „Dialektik der Aufklärung“ beschrieben haben. Der Glaube an die Kontrollierbarkeit von sozialen Verhältnissen, an die Verpflichtung zur Gestaltung der Welt anhand von abstrakten Prinzipien und nützlicher Zwecke führt zu einem Machbarkeitsdenken, das die konkreten Hoffnungen und Pläne von Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung und einem besseren Leben als *illegal migration flows* objektivieren und sie im Namen eines abstrakten Managements gewaltsam bekämpfen lassen kann. Die vollends *gemanagte* Erde „strahlt im Zeichen triumphalen Unheils.“ (Horkheimer/Adorno 2003: 19). Migrationsmanagement ist ein Herrschaftsprojekt.

Literaturverzeichnis

- BBC News. 2004. „Ask the experts: Should there be open borders?“, BBC News am 2. 4. 2004. http://news.bbc.co.uk/1/hi/talking_point/3585681.stm (14. 2. 2009).
- Bojadžijev, Manuela und Serhat Karakayali. 2007. „Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode“, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.). *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: Transcript, S. 203–210.
- Burchill, Scott. 2001. „Liberalism“, in: Burchill, Scott u. a. (Hg.). *Theories of International Relations*. Houndmills/New York: Palgrave, S. 29–69.
- Fahrmeir, Andreas, Faron, Olivier und Patrick Weil (Hg.). 2003. *Migration Control in the*

¹ Versuche eine solche interdisziplinäre kritische Forschungspraxis zu entwickeln wurden vom Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung auf zwei Tagungen im Juni 2008 in München und im Februar 2009 bei Berlin unternommen. Siehe <http://borderregime.eu> (15. 3. 2009).

- North Atlantic World. The Evolution of State Practices in Europe and the United States from the French Revolution to the Inter-War Period.* New York/Oxford: Berghahn Books.
- GCIM. 2005. „Migration in einer interdependenten Welt. Bericht der Weltkommission für Internationale Migration.“ http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/mainsite/policy_and_research/gcim/GCIM_Report_Complete_DE.pdf (10. 11. 2011).
- Geiger, Martin. 2007. „Internationale Regierungsorganisationen und die Steuerung von Migration: die Ukraine im Vorfeld der Europäischen Union“, *IMIS-Beiträge*, H. 32, S. 61–87.
- Georgi, Fabian. 2007. *Migrationsmanagement in Europa. Eine kritische Studie am Beispiel des International Centre for Migration Policy Development.* Saarbrücken: VDM-Verlag.
- Georgi, Fabian. 2008. „Another Brick in the Wall. Die EU beschließt im Oktober 2008 einen ‚Pakt über Einwanderung und Asyl‘“, *Malmoe*, Ausgabe 43, S. 24. <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1723> (15. 2. 2009).
- Georgi, Fabian. 2008. „Bordering on a Nightmare? A Commentary on the 2008 ‘Vision for an EU Border Management System’“, *Migrationonline.cz*, <http://migrationonline.cz/e-library/?x=2093871> (15. 2. 2009).
- Georgi, Fabian. 2009. „Handlanger und Störenfriede. NGOs und internationale Organisationen in der Migrationskontrolle“, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.). *Jenseits der Menschenrechte. Das europäische Verwaltungsregime von Flucht und Migration.* Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 76–87.
- Ghosh, Bimal. 1995. „Movement of people: the search for a new international regime“, in: Commission On Global Governance (Hg.). *Issues in Global Governance. Papers Written for the Commission on Global Governance.* London: Kluwer Law International, S. 405–424.
- Ghosh, Bimal (Hg.). 2000a. *Managing Migration. Time for a new international regime?* New York: Oxford University Press.
- Ghosh, Bimal. 2000b. „Towards a New International Regime for the Orderly Movement of People“, in: Ghosh, Bimal. (Hg.). *Managing Migration. Time for a new international regime?* New York: Oxford University Press. S. 6–26.
- Harvey, David. 2007. *Kleine Geschichte des Neoliberalismus.* Zürich: Rotpunktverlag.
- Heinrich, Michael. 2008. „Weltanschauung oder Strategie? Über Dialektik, Materialismus und Kritik in der Kritik der politischen Ökonomie“, in: Demirović, Alex (Hg.). *Kritik und Materialität.* Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 60–72.
- Hirsch, Joachim. 2005. *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems.* Hamburg: VSA-Verlag.
- Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno. 2003. *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente.* Frankfurt am Main: Suhrkamp (Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften, Bd 3).
- Human Rights Watch. 2003. „The International Organization for Migration (IOM) and Human Rights Protection in the Field: Current Concerns“, (Submitted to the IOM Governing Council Meeting 86th Session November 18–21, 2003 Geneva). New York. <http://hrw.org/backgrounders/migrants/iom-submission-1103.pdf> (14. 2. 2009).

- IOM. 2004. *Essentials of Migration Management. A Guide for Policy Makers and Practitioners*. 3 Bände. Genf: IOM.
- IOM. 2007. *IOM Strategy*. Genf. http://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/about_iom/docs/res1150_en.pdf (14. 2. 2009).
- IOM. 2008. "Managing Migration for the Benefit of All. The International Organization for Migration in Brief", Info Sheet, September 2008. Genf. Siehe: <http://www.iom.int>
- IOM. 2009a. "Migration Management Foundations", <http://iom.int/jahia/Jahia/lang/en/pid/240> (15. 2. 2009)).
- IOM. 2009b. "Migration Management Services", <http://iom.int/jahia/Jahia/about-iom/organizational-structure/migration-management-services> (15. 2. 2009)).
- Kostakopoulou, Dora. 2008. *The Future Governance of Citizenship*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Metropolis. 2009. „About Metropolis International“, http://international.metropolis.net/generalinfo/index_e.html (15. 2. 2009).
- The Berne Initiative. 2005. "International Agenda for Migration Management. Common Understandings and Effective Practices for a Planned, Balanced and Comprehensive Approach to the Management of Migration", Bern. http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/mainsite/published_docs/books/IAMM.pdf (15. 2. 2009).
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.). 2007. *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: Transcript.
- UN General Assembly. 2006. "Summary of the High-level Dialogue on International Migration and Development", UN Dok. A/61/515 v 13. 10. 2006.
- Weiner, Myron. 1995. *The Global Migration Crisis. Challenges to States and Human Rights*. New York: Longman.

Der gesamte Band ist abzurufen unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:11-100199292>.